der Demokratie führten. Sogar das selbstgenügsame, saturierte Frankreich ist weder von der Wirtschafts-, noch von der Parlamentskrise verschont geblieben. Und die Krise des französischen Marxismus, die jetzt auf dem Pariser Parteitag offen zutage tritt, bedroht nicht nur die Zweite Internationale, die ja seit dem Ende des deutschen Marxismus den Todeskeim in sich trägt, sondern auch die letzte parlamentarische Regierung des radikalen Parteiführers Daladier, des typischen Vertreters des französischen Kleinbürgertums. Was dann werden soll, weiß vorläufig weder innerhalb noch außerhalb des französischen Parlaments irgend jemand. Und ist es nicht bezeichnend, daß auch die von den großen politischen Problemen durch ihre strikte Neutralität weitgehend unberührt gebliebene Schweiz, die überdies stolz auf ihre alte demokratische Gesinnung ist, eine sehr stark anwachsende Bewegung besitzt, die sich als „Eidgenössische Front" bezeichnet und die bis in die äußeren Formen dem deutschen Nationalsozialismus entspricht, eine lebhafte Werbetätigkeit veranstaltet und die ernste Sorge aller demokratischen Kapitolswächter bildet.

Alle diese Erscheinungen beweisen, daß wir an einem Wendepunkt des staatspolitischen Systems Europas stehen, und daß der Sieg des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus eine säkulare Bewegung der europäischen Völker eingeleitet hat, die das liberale Zeitalter, das mit der französischen Revolution von 1789 begonnen hat, endgültig überwinden wird. Gewiß wird noch dieser Vorgang bis zu seiner restlosen Verwirklichung viele Jahrzehnte beanspruchen. Aber er ist für jeden Beobachter unvermeidlich geworden, und auch in den führenden parlamentarischen Kreisen der westlichen Demokratien ahnt man etwas von der bevorstehenden Götterdämmerung. Alle die Versuche einer Greuelpropaganda gegen das neue Deutschland und die Bemühungen, die Weltpolitik ohne Deutschland zu einer Weltpolitik gegen Deutschland zu steigern, sind letzten Endes der Furcht der Parlamentarier anderer Länder vor dem dunklen Unbekannten entsprungen, durch das sie sich in ihren eigenen Ländern in ihrer Machtstellung bedroht fühlen, und das sie glauben, mit Verleumdungen gegen das neue Deutschland abwehren zu können. Sie entrüsten sich gegen uns, aber sie wollen nichts anderes, als ihre bedrohte parlamentarische Stellung im eigenen Lande zu retten. Aber mit Verleumdungen eine Weltenwende aufhalten zu wollen, ist entweder ein kindisches oder geradezu ein verzweifeltes Manöver. Auch hier wird sich schließlich die Weltgeschichte als verdientes Weltgericht erweisen. Die Vertreter der großen demokratischen Mächte, die in Versailles Deutschland das Grab zu schaufeln gedachten, bereiten in Wirklichkeit dieses Grab ihrem eigenen politischen System.

Betrachten wir unsere außenpolitische Lage unter den großen Gesichtspunkten einer Zeitenwende, bei der Deutschland seinen Gegenspielern um Jahrzehnte voraus ist, dann erscheinen all' die Versuche, Deutschland außenpolitisch zu isolieren, als ein vergebliches Bemühen, die sich unaufhaltsam vorwärtsbewegenden Zeiger der Weltenuhr zurückzudrehen. Der Glaube Frankreichs, die lebendige Entwicklung durch das Versailler Diktat für immer aufzuhalten, findet heute selbst in Paris nur noch wenige Vertreter. Wozu wäre dann die Sorge um die Sicherheit nötig? Und wie könnte sonst der Wille entstehen, die Abrüstungsfrage ausschließlich zu einem deutsch-französischen Problem zu machen, während sie in Wirklichkeit ein universales Problem ist, das alle Weltmächte betrifft? Wie künstlich die Isolierungspolitik gegen Deutschland ist, ergibt sich aber am eindeutigsten daraus, daß sich die äußere Lage Deutschlands gleichzeitig mit den gewaltigen Erfolgen im Innern überraschend gebessert hat. Deutschland ist gewissermaßen immun gegen alle Krisen geworden, die man von außen her an uns heranragen will. Das Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz ist für Deutschland nicht negativ, sondern in mehrfacher Hinsicht positiv ausgelaufen. Der Traum der Weltwirtschaft wurde endgültig durch den von uns vertretenen Gedanken der Nationalwirtschaft abgelöst. Damit sind auch die Wege zu neuen Import- und Exportbeziehungen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit frei. In dem Augenblick, wo sich die Goldblockländer und die angelsächsischen Mächte in die Haare gerieten, war auch die künstlich geleimte Einheitsfront gegen das neue Deutschland im Zerbröckeln. Roosevelt, noch vor kurzem von der Pariser Oeffentlichkeit fast als Welterlöser gefeiert, erscheint den Franzosen jetzt nur noch als hassenswerter Verräter an ihrem Götzen, dem Goldhort, der in den Tiefen der Bank von Frankreich ruht. Deutschland aber gewinnt durch seine neutrale Politik neue Bewegungsfreiheit. Unterdessen leitet der Viermächtepakt auch äußerlich die Neuordnung der weltpolitischen Lage ein. Bezeichnend ist, daß die zwei Vertreter des neuen autoritären Systems, Italien und Deutschland, die beiden demokratischen Großmächte Frankreich und England an einen Tisch gebracht haben, um auf zehn Jahre für den Frieden Europas zu arbeiten. Auch Frankreich, das sich alle Mühe gab, den Pakt zu hintertreiben, mußte sich schließlich dem sittlichen Gewicht beugen, von dem dieses Werk des genialen italienischen Staatsmannes getragen ist. Gewiß wird Frankreich versuchen, diesen Pakt zu Privatgeschäften zu mißbrauchen, aber daß es ihm nicht entgehen konnte, obwohl seine Vasallen darüber in helle Aufregung gerieten, beweist, wie stark die Stellung Mussolinis und Hitlers, als der Träger der großen Zeitenwende, in der wir stehen, bereits geworden ist. So ist die Unterzeichnung des Viererpaktes der beste Beweis dafür, daß die Neuordnung Europas im Sinne der Ueberwindung von Versailles durch das autoritäre, nationale Staatsprinzip unaufhaltsam geworden ist.

Spendet für die nationale Arbeit!

Staatssekretär Reinhardt im Rundfunk

Berlin, 19. Juli. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, erließ im Rundfunk einen Appell, sich an der freiwilligen Spende der nationalen Arbeit zu beteiligen, wobei er u. a. darauf hinwies, daß schon jetzt im Reichsfinanzministerium täglich Berge von Briefen und Telegrammen einlaufen, in denen Volksgenossen aller Stände mitteilen, daß sie bis Ende März 1934 laufend einen bestimmten Hundertsatz von bestimmten Bezügen als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an ihr Finanzamt überweisen lassen. Es sei leider unmöglich, jeden Brief und jedes Telegramm sofort zu beantworten. Staatssekretär Reinhardt bat deshalb, auf diesem Wege Dank und Anerkennung entgegenzunehmen. Anschließend griff Staatssekretär Reinhardt aus der großen Zahl der Briefe und Telegramme einige heraus, die besonders aufschlußreich für den Opferwillen der Bevölkerung sind. So hat u. a.

ein schwerkriegsbeschädigter Parteigenosse, Vater von vier Kindern, und selbst arbeitsunfähig, 2½ v. H. seiner Rente bis Ende März 1934 gespendet.

Von der Haasen-Brauerei Breslau liegt ein Telegramm vor, wonach 10 000 RM. als freiwillige Spende gezahlt wurden und außerdem die gesamte Belegschaft nach einstimmigem Beschluß einen Prozentsatz ihrer Löhne und Gehälter bis auf weiteres zu dem gleichen Zweck zur Verfügung stellt. Ein ähnlicher Beschluß liegt von der Brandenburgischen Darlehnskasse für Sachwerte und Hypotheken vor. Zwei Dresdner Rechtsanwälte führen bis zum Jahresende 5 v. H. der an sie zur Auszahlung gelangenden Armenrechtsgebühren als Spende ab.

Staatssekretär Reinhardt erläuterte dann nochmals die verschiedenen Möglichkeiten für die Leistung der Spende und schloß mit dem Appell: „Die Reichsregierung ruft alle Volksgenossen und Volksgenossinnen, alle Unternehmer und alle Vereine, alle Verbände auf, bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Wort und Schrift zu werben für die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit."

Der „Angriff" begrüßt die Rede Wittkes

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Juli. Mit der programmatischen Ansprache des Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller, Wilhelm Wittke, in der ersten Sitzung des neuen Gesamtvorstandes, die wir im gestrigen Handelsteil veröffentlicht haben, beschäftigt sich heute der „Angriff". Er verweist darauf, daß nach den Reden Hitlers als Richtschnur für die begonnene Phase der evolutionären Entwicklung herausgestellt werden kann: Führung und Gefolgschaft, Leistung und Verantwortung, Gemeinnutz vor Eigennutz. Immer weitere Kreise der Wirtschaft stellen sich von Tag zu Tag hinter diese Parole. Als Zeichen hierfür wird auf die Ausführungen des Staatsrats Fritz Thyssen hingewiesen und auf die Ansprache Wittkes. Wörtlich heißt es dann weiter im „Angriff": „Die sächsische Industrie ist ohne Zweifel von der von den Novemberparteien verschuldeten Krise besonders stark betroffen, zumal sie vorwiegend exportorientiert ist. Wenn die sächsischen Industriellen sich trotzdem vertrauensvoll und rückhaltlos hinter den Führer und seine Maßnahmen stellen, so ist dies ganz besonders zu begrüßen und zeigt, wie tief die nationalsozialistische Idee dort Fuß gefaßt hat. Das Siegesbewußtsein des Führers und der Partei ist auf die gesamte sächsische Industrie übergegangen und kommt in den Worten des Vorsitzenden zum Ausdruck: „Wir werden es schaffen.""

Einstellung nationalsozialistischer Hilfskräfte bei der Reichspost

Berlin, 19. Juli. Für die Einstellung als Hilfskräfte und Arbeiter bei der Deutschen Reichspost kommen in erster Linie Angehörige der NSDAP. und der ihr eingefügten nationalen Verbände in Frage. Besonders berücksichtigt werden die älteren und verdienstvollsten erwerbslosen Mitglieder der NSDAP. mit einer Mitgliedsnummer bis 100 000. Um vornehmlich ihnen wieder einen Arbeitsplatz zu verschaffen, werden alle durch die Entlassung von staatsfeindlich eingestellten Arbeitern freigewordenen Arbeitsplätze nur mit Nationalsozialisten besetzt werden. Die Dienststellen werden sich wegen der Einstellung nationalsozialistischer Kräfte, die noch nicht bei der Deutschen Reichspost beschäftigt waren, bei Bedarf an die zuständige Gauleitung der NSDAP. wenden, nötigenfalls unter Inanspruchnahme des Arbeitsamtes. Sofern im übrigen zur Einstellung von Hilfskräften und Arbeitern auch langjährig bereits bei der Deutschen Reichspost beschäftigt gewesene, politisch durchaus zuverlässige, nicht der NSDAP. angehörige Bewerber in Frage kommen, deren Wiederverwendung im dienstlichen Interesse liegt, können die Stellen bis zur Hälfte mit ihnen besetzt werden.

Verschleppung der deutschen Agrarbeschwerde gegen Polen

Haag, 19. Juli. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof wurde heute der deutsche Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung im deutsch-polnischen Streitfall wegen der Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit in Polen öffentlich verhandelt. Der deutsche Vertreter, Prof. Dr. Brun (Berlin), begründete den deutschen Antrag und betonte, daß das polnische Agrarreformgesetz dazu benutzt werde, die deutsche Minderheit in Posen und Pommerellen stark zu benachteiligen. Das Gesetz finde keine gleichmäßige Anwendung auf polnische Großgrundbesitzer und solche Großgrundbesitzer, die der deutschen Minderheit angehörten. Da noch tagtäglich neue Enteignungen vorgenommen würden, und die Gefahr bestehe, daß sich polnische Bauern auf den zu Unrecht enteigneten Landstrichen ansiedelten, erscheine es notwendig, daß der Gerichtshof durch eine einstweilige Verfügung zumindest die Aufrechterhaltung der Status quo bis zur endgültigen Entscheidung des Streitfalles zur Hauptsache anordnet.

Der polnische Vertreter bestritt in kurzen Darlegungen die Berechtigung des deutschen Antrages. Die Verhandlungen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem der Präsident erklärt hatte, daß der Gerichtshof den Zeitpunkt für die deutsche Replik und die polnische Replik auf die heutigen Plädoyers noch bekanntgeben werde.

Beisetzung der verunglückten SA.-Männer

Oppeln, 19. Juli. Unter stärkster Anteilnahme der Oppelner Bevölkerung erfolgte am Mittwochnachmittag die Beisetzung der drei bei Tost tödlich verunglückten SA.-Männer und des Polizeiwachtmeisters, der sich in Verzweiflung selbst gerichtet hatte. Obergruppenführer Heines sprach am Grabe einen Nachruf. Im Auftrage des Reichskanzlers legte Oberpräsident Brückner einen Kranz nieder.

Niedergelegte Mandate. Die Abgeordneten Oskar Farny und Dr. Florian Klöckner, die auf Wahlvorschlägen der Zentrumspartei gewählt waren, haben ihre Mandate zum Reichstag niedergelegt.

Papen zur Konkordatsunterzeichnung in Rom

Nach 6½stündigem Flug

Rom, 19. Juli. Vizekanzler v. Papen, der heute früh um 7,10 Uhr auf dem Flugplatz Tempelhof nach Rom zur Unterzeichnung des Konkordates gestartet war, ist um 13,32 Uhr im Flughafen von Littorio eingetroffen. Er wurde vom deutschen Botschafter beim Quirinal, v. Hassell, von Legationsrat Klee und vom bayrischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Graf Ritter, empfangen.

*

Berlin, 19. Juli. Das Büro des Vizekanzlers teilt mit: Anläßlich des Abschlusses der Verhandlungen über das Reichskonkordat sind dem Vizekanzler von Papen aus allen Teilen Deutschlands brieflich und telegraphisch so viele Glückwünsche übermittelt worden, daß eine Einzelbeantwortung unmöglich ist. Der Vizekanzler muß sich deshalb darauf beschränken, für die ihm zugesandten guten Wünsche seinen allerherzlichsten Dank in dieser Form auszusprechen.

Henderson schon Donnerstag in München

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Juli. Die schon angekündigte Unterredung zwischen Henderson und dem Reichskanzler Adolf Hitler wird bereits morgen in München stattfinden. An ihr wird auch der Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath teilnehmen, der sich morgen ebenfalls nach München begibt. Zweifellos wird Henderson dann dem Kanzler selbst seinen Vorschlag einer Zusammenkunft mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier unterbreiten. Was dazu zu sagen ist, ist bereits ausgeführt worden,

daß nämlich Deutschland jeden Schritt begrüßt, der geeignet ist, die Abrüstungskonferenz voranzubringen, daß es aber doch fraglich ist, ob der Zeitpunkt für eine solche Unterredung bereits gekommen ist.

Daraus erklärt sich auch, daß die Lesart, diese Zusammenkunft sei gewissermaßen von deutscher Seite angeregt worden, unrichtig ist. Auch in Rom hat Henderson schon den Gedanken einer persönlichen Aussprache in die Debatte geworfen. Es hat sich im übrigen gezeigt, daß die französische Presse bereits gegen Hendersons Berliner Verhandlungen Stellung nimmt. Auch diese Stellungnahme der Pariser Blätter dürfte die Frage berechtigt erscheinen lassen, ob direkte Besprechungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten erfolgversprechend sind. Außerdem sei darauf hingewiesen, daß die französische Presse selbst gelegentlich der Meldungen über die beabsichtigte Unterredung zwischen Daladier und Mussolini seinerzeit erklärte, daß solche Aussprachen zwischen den Staatsmännern die Krönung eines Verständigungswerkes seien, nicht aber der Anfang.

*

Prag, 19. Juli. Mit dem Berliner Schnellzug traf heute nachmittag der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, in Begleitung des Vorsitzenden der Abrüstungsabteilung beim Völkerbund, Aghnides, in Prag ein. Auf dem Bahnhof hatte sich zur Begrüßung u. a. der Außenminister Dr. Benesch eingefunden.

Mussolini an den Reichsaußenminister

Berlin, 19. Juli. Der Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath hat folgendes Telegramm vom italienischen Staatschef Mussolini erhalten:

Eure Exzellenz bitte ich, dem Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg meinen tiefempfundenen Dank für die Botschaft zukommen zu lassen, die er mir durch die liebenswürdige Vermittlung Eurer Exzellenz aus Anlaß der Unterzeichnung des Viermächtepaktes zu übersenden geruhte. Sehr verbunden für die von Eurer Exzellenz, als dem tatkräftigen Förderer des erfolgreichen Abschlusses der Unterhandlungen, mir ausgesprochenen persönlichen Glückwünsche erwidere ich von Herzen den Wunsch, daß sich der in Rom unterzeichnete Pakt zum Wohle Europas fruchtbringend auswirken möge.

Der Aufmarschplan für den Tag von Nürnberg

Riesige Beteiligung erwartet

Berlin, 19. Juli. Aus Anlaß der Anwesenheit des Führers in Nürnberg, der bei dieser Gelegenheit die Plätze für den Reichsparteitag besichtigte, bringt der „Angriff" Einzelheiten über den Aufmarschplan. Da mit einer ungeheuren Beteiligung gerechnet wird, wird selbst bei den großen Möglichkeiten der Unterbringung und der Aufmärsche der Parteitag einige Schwierigkeiten bereiten. Deshalb wird man jetzt die großen Plätze und Säle in der Nähe der Stadt so ausbauen, daß künftig nach dem Wunsch des Führers alljährlich die Parteitage in Nürnberg stattfinden können.

Die Rede des Volkskanzlers auf dem Parteitag soll von der Festhalle aus, die bis zu 10 000 Besucher fassen kann, auf über 70 Lautsprecher übertragen werden.

Der riesige Luitpoldhain am Rande der Stadt, der wegen seiner Schönheit berühmt ist, wird ganz allein für den Aufmarsch der SA. vorbehalten bleiben. Das Stadion wird der Sammelplatz der HJ. sein, und die NSBO. soll auf der Festwiese aufmarschieren, wo ebenfalls für Zehntausende Platz ist. Zur Unterbringung dieser drei Organisationen sollen große Zelte gebaut werden. Nürnberg muß außerdem alle Schulen und alle Privatquartiere für die Parteigenossen zur Verfügung stellen. Das NSKK. und die Gruppen der SS. und der SA., die mit Transportautos nach Nürnberg kommen, sollen auf den Dörfern in einem Umkreis von 60 Kilometer untergebracht werden.

Gerade Linie auch in der Wirtschaft

München, 19. Juli. Ministerpräsident Siebert empfing heute den Führer der Landesgruppe Bayern des Reichsstandes der deutschen Industrie, Geh. Landesbaurat Böhringer, und die Führer der Ortsgruppen. Nachdem die politischen Parteien zerschlagen seien, führte der Ministerpräsident aus, könnten starke Kräfte auch für den Neuaufbau der Wirtschaft freigemacht werden. Erst wenn die Wirtschaft gedeihe, sei die Möglichkeit gegeben, sozial zu handeln und Sozialpolitik zu treiben. Absolute Voraussetzung für eine gedeihliche wirtschaftliche Arbeit sei Ruhe und Ordnung im öffentlichen Leben. Er werde vor den strengsten Vergeltungsmaßregeln gegen unberechtigte Eingriffe nicht zurückschrecken.

Der Reichswirtschaftsminister,

der inzwischen erschienen war, stellte mit Befriedigung fest, daß man heute endlich frei sei von allen Hemmungen früherer Zeiten und daß deswegen die Möglichkeit bestehe, mehr als Halbheiten zu leisten. Sein Optimismus gründe sich vor allem darauf, daß wir unter der Führung des Kanzlers eine gerade Linie gehen könnten. Dabei sei die Mitarbeit aller notwendig. Je mehr die Wirtschaft sich selbst helfe, desto weniger müsse der Staat ihr Eigenleben beschränken.

Wieder mehr ehrenamtliche Tätigkeit

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Juli. „Der Deutsche", die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, teilt folgendes mit: „Der Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Walter Schuhmann, hat in einer Anordnung an sämtliche Amtswalter der Arbeitersäule erklärt, daß in ganz starkem Ausmaß wieder zur ehrenamtlichen Tätigkeit im Dienst am Volke zurückgekehrt werden müsse. Dies nicht nur in der NSBO. und in den Verbänden der Arbeitersäule, sondern auch in den öffentlichen Körperschaften, Sozialversicherungsträgern, gemeinnützigen Anstalten usw., die einst für marxistische Bonzen Futterkrippen gebildet hatten. Deutschlands Arbeitertum müsse den Beweis erbringen, daß es zu opferbereitem Handeln fähig sei. Das sei praktischer deutscher Idealismus. Nur wirklich vollbeschäftigte Parteigenossen sollen dementsprechend entlohnt werden.